

Studie: Gefahr im Osten für Asylbewerber zehnmal höher

Anschläge abhängig von der Region

Von unserem Redaktionsmitglied
Miray Caliskan

MANNHEIM/FRANKFURT. Brandanschläge, Hakenkreuz-Schmierereien, körperliche Angriffe – die Anzahl von sogenannten Hassverbrechen in Deutschland hat seit dem Zustrom von Geflüchteten in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Neu ist die Erkenntnis, dass Übergriffe auf Asylsuchende vor allem dort auftreten, wo es wenig Erfahrung mit Zuwanderung gibt.

Zu diesem Ergebnis kommen die Autoren vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim und der Goethe-Universität Frankfurt. Die Wahrscheinlichkeit Opfer eines Hassverbrechens zu werden, ist nicht etwa da besonders hoch, wo viele Zuwanderer angesiedelt sind. Vielmehr hänge es vor allem davon ab, „wie viel Erfahrung eine Region schon mit Zuwanderung hat“, so Autor der ZEW-Studie Martin Lange.

Bewusstsein stärken

Landkreise und kreisfreie Städte, die viele Geflüchtete aufgenommen haben und zuvor nur einen geringen Anteil an ausländischen Einwohnern hatten, verzeichnen den stärksten Anstieg an Hassverbrechen. Dabei ist die Gefahr für Asylsuchende, Opfer einer politisch motivierten Straftat zu werden, in Ostdeutschland zehnmal höher als in Westdeutschland. „Schon wenige neue Asylsuchende reichen aus, um in manchen Regionen verstärkt Hasskriminalität hervorzurufen“, so Lange. Die Studie basiert auf der Polizeilichen Kriminalstatistik, in der alle Vorfälle von Übergriffen gegen Asylbewerberunterkünfte zwischen 2013 und 2015 registriert wurden.

Die Forscher finden auch Belege dafür, dass es zu mehr Hassverbrechen in Regionen kommt, wo es vor 25 Jahren Übergriffe auf Ausländer gab. Die wirtschaftlichen Bedingungen vor Ort spielen eine untergeordnete Rolle. „Es wäre politisch wichtig, das Bewusstsein und das Mitgefühl bei der Zuweisung von Asylsuchenden in Regionen mit begrenzter Migrationserfahrung zu stärken.“

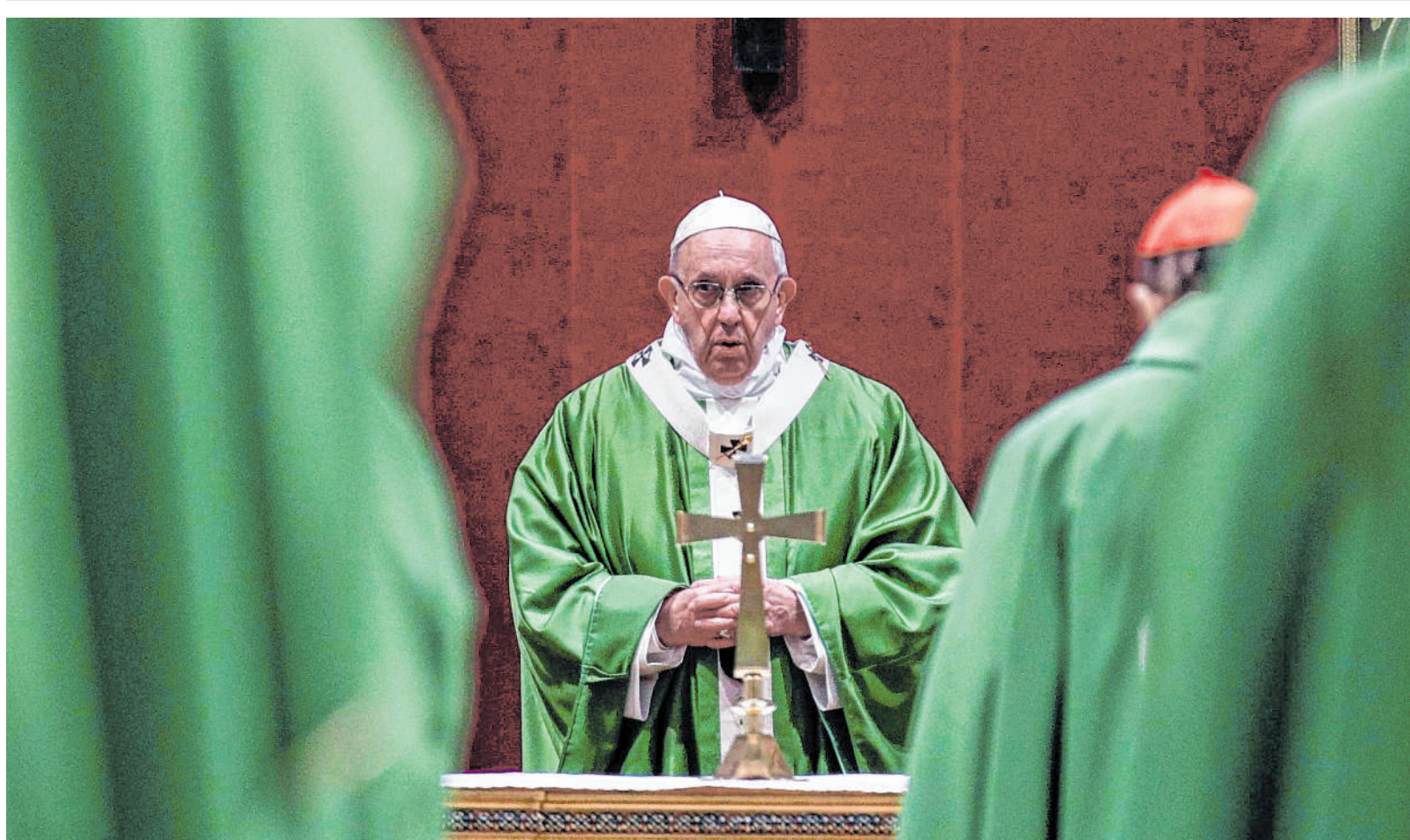


Eine Glaswand in Sachsen-Anhalt ist mit Naziparolen beschmiert. BILD: DPA

IS-Gefangene

Trump stößt auf Widerspruch

BERLIN. Vertreter der kurdischen Kräfte in Nordsyrien haben versichert, inhaftierte deutsche Dschihadisten nicht freizulassen. Damit widersprachen sie US-Präsident Donald Trump. Der Außenbeauftragte der von Kurden angeführten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF), Abdel Karim Omar, sagte der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“, Trump habe über eine Freilassung nicht zu entscheiden. Die ausländischen Gefangenen seien in kurdischen Händen. Die Kurden würden mit den Gefangenen gemäß den internationalen Verträgen und Konventionen umgehen und sie nicht freilassen. Trump hatte Länder wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien aufgerufen, mehr als 800 gefangene Kämpfer der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) zurückzunehmen und vor Gericht zu stellen. Anderenfalls würden die USA sie freilassen. dpa



Papst Franziskus feierte gestern eine Messe zum Abschluss des Gipfeltreffens der katholischen Kirche zum Thema Missbrauch. BILD: DPA

Katholische Kirche: Anti-Missbrauchsgipfel endet mit einer Ansprache des Papstes, die Betroffene erbot

Fünf nach Zwölf im Vatikan

Von unserem Korrespondenten
Julius Müller-Meinigen

ROM. Es ist Sonntagvormittag. Knapp 200 katholische Bischöfe, Ordensoberen, Kardinäle sitzen in grünen Gewändern in einem Saal, der zentraler nicht gelegen sein könnte. Die Sala Regia im Apostolischen Palast des Vatikan ist das spirituelle Zentrum der katholischen Kirche. Die Tür rechts neben Papst Franziskus führt in die Sixtinische Kapelle, wo die Kardinäle den Papst wählen. Die Tür links führt eine Tür in die Prachtsäle, wo frisch ernannte Kirchenfürsten noch bis vor kurzem die Glückwünsche des Volks entgegen nahmen. Nirgends ist der Machtanspruch der katholischen Kirche so mit Händen zu greifen wie hier.

Ein gewisser Trotz

Gerade ist die Messe im Anschluss an das viertägige Gipfeltreffen im Vatikan zu Ende gegangen, zu dem der Papst die Vertreter der Universalkirche gerufen hat. Vier Tage haben sie Meinungen ausgetauscht, das Leid der Betroffenen von sexuellem Missbrauch gehört und über Maßnahmen beraten. Die Versammlung hatte keine Entscheidungsbefugnis, deshalb warten jetzt alle wie gebannt auf die Worte des Papstes, die personifizierte Macht in der katholischen Kirche. „Die Messe ist zu Ende“, sagt Franziskus. „Gehet hin in Frieden.“ Niemand erhebt sich, keiner geht. Jetzt will die Kirche Tacheles hören. „Konkretheit“ hatte

Die weiteren Schritte

■ Nach dem Abschluss des Anti-Missbrauchsgipfels im Vatikan hat das **Organisationskomitee Schritte** angekündigt, die auf das Spitzentreffen folgen sollen:

■ Der Papst wird ein **„Motu Proprio“** veröffentlichen, eine bestimmte Art eines Apostolischen Schreibens, zum „Schutz von minderjährigen und verwundbaren Menschen“, um Maßnahmen im Kampf gegen Missbrauch seitens der römischen Kurie und des Vatikanstaats zu stärken. Es soll

der Papst selbst zu Beginn des Gipfels angemahnt.

Doch dafür, dass hier vier Tage ohne greifbares Ergebnis beraten wurde, holt auch Franziskus sehr weit aus. Von den fürchterlichen Kinderopfern der fernen Vergangenheit spricht er, von der Gefahr der Pornografie, von Sextourismus und Missbrauch als der „unverschämten, aggressiven und zerstörerischen Offenbarung des Bösen“. Davon, dass sexueller Missbrauch von Minderjährigen ein „übergreifendes Problem“ sei und überall vorkomme. Doch deswegen haben sich die Prälaten nicht im Vatikan versammelt. Es rührt fast ein gewisser Trotz aus den Worten des Papstes, wenn er von „ideologischen Polemiken“ und „journalistischem Kalkül“ spricht, mit dem die Debatte um Missbrauch instrumentalisiert werde.

außerdem ein neues Gesetz zum gleichen Thema für den Vatikanstaat erarbeitet werden.

■ Die Glaubenskongregation wird eine **Art Praxishandbuch** veröffentlichen, das Bischöfen auf der ganzen Welt klar zu verstehen gibt, was ihre Pflichten und Aufgaben sind.

■ Dem Papst schwebt den Einsatz einer **Task Force**, „kompetenter Personen“ vor, die den Bischofskonferenzen und Bistümern helfen soll. dpa

Ja, Franziskus sagt auch: „Die weltweite Verbreitung dieses Übels schmälert nicht seine Abscheulichkeit innerhalb der Kirche.“ Er verspricht, dass jeder Missbrauchsfall in der Kirche „mit der größten Ernsthaftigkeit“ angegangen würde, dass Priester mit der Justiz zusammenarbeiten müssten, dass die Kirche sich reinigen und die Ausbildung ihrer Priester besser überwachen müsse. Die Betroffenen sind erbot. „Die Rede des Papstes ist der schamlose Versuch, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, ohne sich der Schuld und dem Versagen zu stellen und wirkliche Veränderung anzugehen.“ So bewertet Matthias Katsch vom deutschen Opferschutzverband Eckiger Tisch die Rede des Papstes. „Wir haben solche Absichtserklärungen schon oft gehört“, sagt Marie Collins, auch sie ist eine Betroffene

von sexuellem Missbrauch durch Priester. „Wann und wie, das ist es, was wir hören müssten und zwar im Detail.“ „Ein Fiasko“ nennt der deutsche Kirchenrechtler Thomas Schüller die Papstrede. Anne Barrett Doyle spricht von einer „riesigen Enttäuschung“. „Wir haben einen mutigen und entschiedenen Plan von ihm erwartet und stattdessen defensive Recycling-Rhetorik bekommen.“ Doyle ist Vizedirektorin der Internetplattform BishopAccountability.org, die Missbrauchsverbrechen von Bischöfen öffentlich macht.

Die Bischöfe reisen nun ab und müssen sich in ihren Diözesen verantworten. Das betrifft auch Kardinal Reinhard Marx, den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und Erzbischof von München und Freising. Marx wird immer wieder als besonders enger Alliierte von Papst Franziskus bezeichnet.

Kardinal Marx hält zu Franziskus

Wie wird er nun reagieren auf die schwache Papstrede? Er hatte in seiner Ansprache am Samstag vor der Vollversammlung auf konkrete Maßnahmen gedrungen, das päpstliche Geheimnis, das bei Missbrauchsfällen oft angewendet wird, in Frage gestellt und zugegeben, die Kirche habe Akten vernichtet. Manche halten Marx für den Mann, der den Wandel verkörpern könnte. Doch am Sonntag steht der Kardinal wie ein Fels hinter dem Papst. „Ich kann nicht erkennen, dass das nur qualmiges, nebulöses Gerede war.“

Heidenheim: Gemäßigte Kräfte scheitern bei Landesvorstandswahlen mit Durchmarsch

Hefige Flügelkämpfe in der AfD

Von unserem Korrespondenten
Peter Reinhardt

HEIDENHEIM. Bernd Gögel will es wissen. „Wer Regeln nicht akzeptiert, sollte die Partei verlassen“, fordert der Landtagsfraktionschef seine Gegner in einer emotionalen Rede heraus. Da gibt es tosenden Applaus und laute Buhrufe gleichzeitig von den knapp 700 Mitgliedern beim Parteitag der Südwest-AfD in Heidenheim. „Egomane und Narzissten“ hätten keinen Platz in der Partei, legt der 64-Jährige sofort nach.

„Einige Schädlinge haben sich in den Gliederungen der Partei niedergelassen“, schreit er in Richtung des völkisch-konservativen Flügels und der Jungen Alternativen. Wer seine Voliere nicht selbst reinige, dürfe sich nicht wundern, „dass der Vermieter den Kammerjäger bestellt“. Alle, die „Revolution machen wollen“, sollen die Partei verlassen. 380 Stimmen erhält Gögel bei der Wahl zum Landesvorsitzenden, der Landtagsabgeordnete Emil Sänze

kommt auf 320. Es ist eine erste Richtungsentscheidung. Sänze zählt zum konservativen Flügel in der Südwest-AfD, der in der Landtagsfraktion Gögel unter Dauerbeschuss hält. Zuletzt hat man dem Fraktionschef den Dienstwagen gestrichen. Zu den Wortführern zählt auch die Abgeordnete Christina Baum aus dem Main-Tauber-Kreis.

Nach Gögels Erfolg verzichtet die 62-Jährige auf eine Kandidatur für



Dirk Spaniel, neuer Parteivize der AfD im Südwesten. BILD: DPA

den Posten des Co-Vorsitzenden. Hier setzt sich der Bundestagsabgeordnete Dirk Spaniel gegen seinen Fraktionskollegen Martin Hess knapp mit 371 zu 341 Stimmen durch. Spaniel präsentiert sich als Kandidat, der keinem Flügel angehört. Aber er blinkt den Rechten verbal zu: „Konsequent patriotisch und konservativ“ werde er das Amt versehen. Er stehe für Fairness und Seriosität. Das gelte auch für die Abgeordneten Stefan Räßle und Wolfgang Gedeon, gegen die Parteiausschlussverfahren laufen.

Weidel ignoriert Streit

Mit Spaniels Wahl ist klar, dass den Gemäßigten um Gögel der erhoffte Durchmarsch in Heidenheim nicht gelingt. Dabei hatten sie sich gut vorbereitet bei geheimen Treffen. Sie haben auch Bundeschef Jörg Meuthen auf ihre Seite gezogen. Der geht die Rechten in seinem kurzen Grußwort scharf an. „Einige komplett rücksichtslose Radikale“ würden den Erfolg der ganzen Partei gefähr-

den, warnt der Bundesvorsitzende vor dem Hintergrund, dass der Verfassungsschutz die AfD als Prüffall eingestuft hat.

Aber der rechte Flügel lässt sich nicht entmutigen. Am Sonntagmorgen kandidiert Baum gegen den bisherigen Landeschef Marc Jongen, der freiwillig in die zweite Reihe zurückgeht. Der Mann von bürgerlich-konservativen Flügel gewinnt das Duell um den Stellvertreterposten klar mit 351 gegen 225 Stimmen.

Es bleibt der Eindruck, dass ein tiefer Riss durch die Südwest-AfD geht. Bundestagsfraktionschefin Alice Weidel versucht in ihrer Rede, den internen Streit zu ignorieren und die gewohnte Schlachtordnung herzustellen. Sie zeichnet das Bild einer AfD, die eine Wagenburg bildet, die sich gegen die Attacken der politischen Gegner zu schützen. Zuletzt sind die Kugeln aber eher von den Mitstreitern aus dem inneren Kreis abgefeuert worden. Ob sich das mit der neuen Führungsmannschaft ändert, muss sich erst noch zeigen.

IN KÜRZE

May: Abstimmung bis 12. März

LONDON. Im britischen Parlament wird es in dieser Woche noch keine Abstimmung über das zwischen Premierministerin Theresa May und der EU ausgehandelte Brexit-Abkommen geben. Sie wird bis 12. März stattfinden, berichtet May. „Es ist immer noch in unserer Reichweite, die Europäische Union mit einem Abkommen am 29. März zu verlassen“, sagte May. Kritiker werfen ihr länger vor, im Streit um den Brexit auf Zeit zu spielen. dpa

Immer mehr Todesopfer

KABUL. Die Zahl der bei Konflikten in Afghanistan getöteten Zivilisten hat den höchsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 2009 erreicht. 2018 wurden nach einem Bericht der UN-Mission in Afghanistan und des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte mindestens 3804 Zivilisten getötet. Das sind elf Prozent mehr als im Jahr zuvor. 42 Prozent der zivilen Opfer wurden demnach durch Bomben getötet. Durch von Selbstmordattentätern eingesetzte Sprengsätze kamen 1361 Menschen ums Leben. dpa

Steinmeier würdigt Schmidt

HAMBURG. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat zum 100. Geburtstag von Helmut Schmidt das Lebenswerk des früheren Kanzlers gewürdigt, der 2015 starb. Dieser sei für viele zum Prototyp des idealen Politikers geworden, sagte Steinmeier bei einem Festakt in Hamburg. „Gebildet und lebenserfahren, keine Scheu vor schwierigen Entscheidungen, pragmatisch und prinzipienfest, ohne Pomp und Pose, tatkräftig und hanseatisch nüchtern – so hat er eine ganze Nation für sich gewonnen.“ dpa

Was morgen wichtig ist

Wichtiger Posten

Die Ausschüsse für Justiz und Haushaltskontrolle im Europaparlament hören die drei Kandidaten für den Chefposten der neuen Europäischen Staatsanwaltschaft. Favoritin ist die ehemalige rumänische Chefanklägerin Laura Kövesi, die zuletzt von der rumänischen Regierung unter Druck gesetzt wurde.

Bürgerentscheid: Freiburger sagen Ja zu Bauprojekt

Weg frei für Stadtteil

FREIBURG. Der geplante Bau eines neuen Stadtteils in Freiburg hat bei einem Bürgerentscheid die notwendige Mehrheit bekommen. Die meisten Wähler votierten am Sonntag nach Angaben der Stadt für das beabsichtigte Bauvorhaben. Weil das erforderliche Quorum von mindestens 20 Prozent der Wahlberechtigten erreicht wurde, ist das Ergebnis bindend. Der geplante Stadtteil Dietenbach kann somit gebaut werden. Es handelt sich nach Angaben der Freiburger Stadtverwaltung um eines der größten Wohnneubauprojekte Deutschlands. Geplant ist ein neuer Stadtteil für 15 000 Menschen mit rund 6500 Wohnungen. Entstehen soll er im knapp 110 Hektar großen Gebiet Dietenbach, das derzeit aus Wiesen und Ackerflächen besteht. Die Stadt und die Mehrheit des Gemeinderates hatten sich für den geplanten neuen Stadtteil ausgesprochen. Sie sehen darin ein Mittel gegen Wohnungsnot und steigende Mieten.

Für die Baupläne stimmten bei dem Bürgerentscheid den Angaben zufolge genau 60 Prozent der Wähler. 40 Prozent votierten dagegen. Die Wahlbeteiligung betrug laut dem städtischen Wahllamt 49,6 Prozent.

Gegner hatten den Bürgerentscheid erwirkt. Sie kritisieren Flächenverbrauch und den Wegfall landwirtschaftlicher Gebiete. Sie fanden beim Bürgerentscheid jedoch keine Mehrheit. dpa